

# SOLIDARITÄT



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erkheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 25 • 35. Jahrgang

Berlin, den 22. Juni 1929

### Belanntmachung

Wahl des Ortsstellers in Hannover

In der am 7. Juni d. J. stattgefundenen Urwahl durch die Mitgliedschaft Hannover, ist von den 11 Bewerbern der Kollege

Heinrich Busse (Hannover)

als Ortssteller in Hannover gewählt worden.

Allen übrigen Bewerbern, die nicht berücksichtigt werden konnten, besten Dank.

Der Verbandsvorstand

J. A.: Ernst Horste.

### Die Lohnvereinbarung im Buchdruck- gewerbe allgemeinverbindlich

Abschrift.

Der Reichsarbeitsminister  
IIIb 125 A/175 Tar.

Berlin, den 5. Juni 1929,  
Scharnhorststraße 35.

Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Tariffvertragsverordnung in der Fassung vom 1. März 1928 („Reichsgesetzblatt“ I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- Vertragsparteien
  - a) auf Arbeitgeberseite:  
Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.
  - b) auf Arbeitnehmerseite:  
Verband der Deutschen Buchdrucker;  
Gütenberg-Bund;  
Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands;  
Graphischer Zentralverband.
- Abgeschlossen am 14. März 1929, Lohnvereinbarung, Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Buchdrucker-Tarif vom 2. März 1927 und Buchdruckerhilfsarbeiter-Tarif vom 30. März 1927.
- Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: In Buch- und Zeitungsdruckereien sowie in Buchdruckereiateilungen auch anderer Unternehmungen beschäftigte Gehilfen sowie Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, soweit für diese nicht andere Tarife bindend sind (im Umfange der Allgemeinverbindlicherklärung des Buchdrucker-Tarifs vom 2. März 1927 — „Reichsarbeitsblatt“ 1927 Nr. 18 Teil I S. 249 — und des Buchdruckerhilfsarbeiter-Tarifs vom 30. März 1927 — „Reichsarbeitsblatt“ 1927 Nr. 24 Teil I S. 374).
- Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches.
- Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 1. April 1929.

Mit dem angegebenen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des verbindlich erklärten Schiedspruchs (Lohnvereinbarung) vom 9. März 1928 außer Kraft.

Im Auftrage: gez. Dr. Meves.

Stempel des Reichsarbeitsministeriums.  
Beglaubigt: Fischer, Ministerialkanzleioberssekretär.  
Der Registrierführer: Sprengel.

Eingetragen am 7. Juni 1929 auf Blatt 8187 I B. Nummer 5 des Tarifregisters.

### Lohnerhöhung im Schriftgießerei- gewerbe

Am 12. Juni kamen die Tarifparteien im Schriftgießergewerbe zusammen, um zu den Anträgen der Arbeiterschaft auf Lohnerhöhung Stellung zu nehmen. Das alte Lohnabkommen läuft Ende Juni ab, es wurde von Arbeiterseite fristgemäß gekündigt. Zuerst schien es so, als ob an eine freie Vereinbarung nicht zu denken wäre. Die Unternehmer lehnten jedes Entgegenkommen in der Lohnfrage ab. Schon bei Eingang des Kündigungsschreibens durch die Zentralkommission der Schriftgießer ließen die Unternehmer erklären, daß an eine Lohnerhöhung nicht zu denken sei, das Gewerbe könne eine weitere Belastung nicht ertragen, sie würde den Ruin des Gewerbes herbeiführen. Diese Gründe machten die Unternehmer auch bei den Verhandlungen für ihre Ablehnung geltend, und erst in einer Kommissionsitzung kam es nach langer Beratung zu einer Verständigung. Das Ergebnis der Kommissionsberatung wurde dann von den Verhandlungsteilnehmern beider Parteien zum Beschluß erhoben.

Diese freie Vereinbarung sieht ab 3. Juli 1929 eine Erhöhung des Spitzenlohnes von 2,88 M. je Woche vor. Für Akkorbarbeiter, die im geteilten Akkord beschäftigt sind, wird die Erhöhung auf die Grundgebühr geschlagen. Für Akkorbarbeiter, die im reinen Akkord arbeiten, erhöhen sich die Akkordsätze um weitere 4 Proz. Das Lohnabkommen hat Geltung bis zum 30. September 1930, es kann erstmalig am 15. August gekündigt werden und läuft bei Nichtkündigung um je drei Monate weiter. Der Reichsständlohn-Tarif wurde bis 31. März 1930 verlängert.

Nachstehend die tariflichen Mindestlöhne für unsere Kollegen und Kolleginnen:

Angeleitete Arbeiter	Lohn für	
	1 Stunde	8 Stunden 1 Woche
	M.	M.
A) bis zu 21 Jahren . . . . .	0,92	7,36 44,16
B) von 21 bis 24 Jahren . . . . .	1,02	8,16 48,96
C) über 24 Jahre . . . . .	1,13	9,04 54,24
Angeleitete Arbeiter über 17 Jahre nach einem Jahr		
A) von 17 bis 19 Jahren . . . . .	0,60	4,80 28,80
B) von 19 bis 21 Jahren . . . . .	0,82	6,56 39,36
C) von 21 bis 24 Jahren . . . . .	0,92	7,36 44,16
D) über 24 Jahre . . . . .	1,08	8,64 51,84
Arbeiterinnen nach mehr als einjähriger Tätigkeit		
9a) von 17 bis 19 Jahren . . . . .	0,64	5,12 30,72
9b) von 19 bis 21 Jahren . . . . .	0,72	5,76 34,56
9c) über 21 Jahre . . . . .	0,81	6,48 38,88

### Ein Unternehmerprogramm gegen die Wirtschaftsdemokratie

Auf der Tagung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten hielt der leitende Kopf dieses Verbandes, Karl Lange, einen Vortrag über das Thema „Wirtschaftsdemokratie oder organisierte Wirtschaftsfreiheit?“. Herr Lange würdigte einleitend die in dem bekannten Buche „Wirtschaftsdemokratie“ vertretenen Gedanken, die er trotz aller Anerkennung des hohen geistigen Niveaus ablehnen und bekämpfen müsse. Lange versuchte dann den Begriff an sich herauszustellen, wobei er teilweise zu ganz schiefen Auffassungen kam. Es müsse bestritten werden, daß die Kartellierung bereits die deutsche Wirtschaft maßgebend durchdringe. Nach einer hochgreifenden Schätzung seien nur rund 20 Proz. der deutschen Produktion in mehr oder weniger hohem Grade monopolistisch kartelliert. Zum Beispiel seien die 80 Fachverbände der Maschinenindustrie nicht als Kartelle zu betrachten. Ihre Aufgabe bestände keineswegs in einer Aufhebung oder Ausschäl-

tung der Wirtschaftsfreiheit, der Erziehung der freien Initiative durch bürokratisch zentralisierte Planwirtschaft, sondern darin, den Ansprüchen des freien Marktes gewachsen zu sein. Doch die idyllischen Zustände des manchesterlichen Liberalismus seien für immer vorbei. Die Verhältnisse hätten sich derartig kompliziert, daß auch die Marktfreiheit der Organisation bedürfe. Aus alledem heraus kristallisierte Lange die Forderung: „Wir brauchen eine organisierte Wirtschaftsfreiheit!“ Die Grundzüge dieser organisierten Wirtschaftsfreiheit sieht Lange in folgendem:

1. Aufrechterhaltung der freien Privatwirtschaft sowie die Entschlüsselung und Selbstverantwortung der privaten Unternehmer, unterstützt durch verbandsmäßig organisierte Gemeinschaftsarbeit in der Gesamtwirtschaft;
2. Die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Ausschaltung der Wirtschaftsfreiheit auf Grund privater Machtstellung;
3. Bejahung der Sozialpolitik, getragen von freien Organisationen, aber unter Wahrung der unentbehrlichen Grundlagen der Rentabilität der Wirtschaft;
4. Klare Begrenzung der öffentlichen Betriebe auf die dafür unumgänglichen Gebiete;
5. Eine Wirtschaftspolitik des Staates, die Einmischungen in den Bereich der freien Wirtschaft erspart, unbedingte Wahrung der Staatsautorität auf den von jeder ihr unterliegenden Gebieten der Handels- und Wirtschaftspolitik.

Das ist das Programm, welches der Wirtschaftsdemokratie, wie sie die Gewerkschaften aufgestellt haben, entgegengesetzt werden soll. Die von Lange geforderte Wirtschaftsordnung „stelt erhöhte Anforderungen an die Unternehmer in bezug auf Selbstdisziplin und Unterordnung, und nicht zuletzt in jener sozialen Gesinnung, die in dem Arbeiter den mitarbeitenden Menschen sieht, eine Gesinnung, die nie vergißt, daß auf die Dauer der größte Vorteil aller, auch den größten Vorteil jedes einzelnen in sich schließt“. Es sei eine dringende Notwendigkeit, daß sich das Unternehmertum mehr auf sich selbst besinne und auf die Aufgaben, die ihm innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung anvertraut wurden.

Die Ansichten, die Herr Lange auf der obengenannten Tagung äußerte, stehen sicher von dem ab, was flokreaktionäre Unternehmer im allgemeinen von sich geben. Aber es kann nicht behauptet werden, daß sie viel Schmalz in sich bergen. Wenn aber eine Unternehmertagung vom Range des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten das Problem Wirtschaftsdemokratie zum Hauptthema erwählt, so geht doch daraus hervor, daß die Forderung Wirtschaftsdemokratie durchaus nicht als Schlagwort zu bezeichnen, sondern als eine reale Tatsache anzuerkennen ist.

### Steigender Goldwert der Arbeitsstunde

Der bekannte Professor Dr. Julius Hirsch hat nach den Methoden Dr. Walter Rathenau festgestellt, daß der Goldwert der Arbeitsstunde seit 1913 sehr wesentlich gestiegen ist; in den meisten Industriezweigen um mehr als 50 Prozent. Im einzelnen liegt der Goldwert der Arbeitsstunde im Bergbau um 82 Prozent, Metallherzeugung und Weiterverarbeitung um 51 Prozent, Fahrzeugwerke und Nebenindustrien um 63 Prozent, in den Industrien Holz, Leder und Papier usw. um 95 Prozent, bei der Textil- und Bekleidungsindustrie um 43 Prozent und bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 43 Prozent und bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 56 Prozent.

Bei den obigen Zahlen handelt es sich um wirkliche Goldwerte; Geldwertung usw. sind bereits entsprechend berücksichtigt worden. Ein Arbeiter schafft also heute wesentlich mehr an Werten, als in der Zeit vor dem Kriege.

Man wird sich diese Zahlen zur besseren Beurteilung der lohnpolitischen Unternehmerargumentation einprägen müssen.

# Bildungs- und Berechtigungsfrage

Es war ja schon früher so, daß ein Krämer, der ein gutgehendes Geschäft hatte, seinen Jungen aufs Gymnasium schickte und schließliche aus studieren ließ, damit er „etwas Besseres“ werden sollte. Es gehörte einfach bei den Herrn Bäcker- und Schlächtermeistern und bei den gehobenen Bürokassen zum guten Ton, sie mußten prägen, und unter andern auch mit der Schulbildung ihrer Kinder. Dazu kamen die mittleren und kleinen Beamten, die sich das Schulgeld vom Munde absparten. Das machte nichts, der Junge mußte auf die „hohe Schule“. Heute hat nun dieser Fimmel ein Ausmaß angenommen, der zu bösen Folgen führen muß. Angestellte, kleine Angehörige mit mäßigem Gehalt, Arbeiter, bei denen die Frau mitverdient, sind wie besessen darauf, ihre Kinder mit der höheren Schulweisheit auszulasten. Die arme Witwe nebenan muß sich ihr Geld sauer als Arbeiterin im Korbwerk verdienen, ihr Junge muß das Gymnasium besuchen.

Die Kinder schämen sich oft ihrer armen Eltern vor ihren Mitschülern, sehen nicht selten hochmütig auf ihren „ungebildeten“ Vater herab, der ja ihre Schulaufgaben nicht kontrollieren kann, und dem sie Wunder was von ihrer schweren Vernerbeit auf der Schule erzählen, so daß Vater und Mutter den beinahe gelehrten Sprößling fast ehrfürchtig anstauen.

Wir können uns ruhig in Kollegentreisen umsehen und werden dort manches Beispiel finden, das zur Nachahmung nicht ermutigt. Was soll dieser Unfug eigentlich? Wer nicht eine ganz besondere Begabung hat, soll vom Gymnasium und der Universität fortbleiben und ein tüchtiger Facharbeiter werden, der zehnmal mehr begehrt ist als der Mann mit dem Doktorhut. Gelegenheit zur Weiterbildung hat jeder junge Arbeiter und jede Arbeiterin, dann kann bewiesen werden, ob das Zeug im Menschen steckt, es zu einer exponierten Stellung im Leben zu bringen.

Wie es auf unseren Universitäten aussieht, sagt Professor Schipach in seinem Buche „Politische Prognose für Deutschland“. Er schreibt da von der Überwertung der Hochschulbildung folgendes:

„Unsere Hochschulen sind namenlos überfüllt — es kann einem grauen vor all dem künftigen Elend, wenn man in die vollgepropten Hörsäle blüht —, weil nachgerade keiner mehr meint, es ohne irgendeinen Doktorhut zu „etwas“ zu bringen. In Deutschland droht der schlechthin praxische Mensch, der mit rund 15 oder 16 Jahren die Schule verläßt, um sich durchzusetzen: er droht auszusterben. Schon die Gefahr der Überalterung wächst damit; wer studiert, kommt ja vor dem 24., 25. Jahre nicht dazu, das Leben aus eigener Verantwortung anzupacken. Wir streiten, im vollen Ernst, auf eine Zeit zu, da die Nation in die zwei Nationen (zwei Nationen, Red.), der Promovierten und der Nichtpromovierten, zerfallen wird.“

Wohl brauchen wir im republikanischen Staat tüchtige Akademiker mit ehrlicher freigeistlicher Gesinnung. Wir müssen aber Auslese halten unter den jungen Leuten und nicht glauben, daß jeder Junge, der gut auswendig lernt und eine gute Handschrift schreibt, zum Gelehrten berufen ist, wie nicht jedes Kind, das gut zeichnet, Talent zum Kunstmalerei hat. Wir Arbeiter sollen nicht dazu beitragen, eine besondere Klasse von akademischen Proletariern zu züchten, müssen scharfe Auswahl unter der heranwachsenden Jugend halten und nur die Allerbesten herausheben, wenn wir annehmen, daß sie mit akademischer Bildung ausgestattet für die Arbeiterbewegung wichtige Funktionen übernehmen können.

Wir wissen wohl, daß die Ursachen für den sogenannten Bildungsdrang in dem Berechtigungsweisen zu finden sind, mit dem heute ein größtenteils Anflug getrieben wird. Bäcker, Schuster und Schneider verlangen von dem zukünftigen Gesellen die Obersekundarstufe, also das Bildungsniveau, das man in der kaiserlichen Zeit mit dem „Einjährigen“ bezeichneter. Auch Buchdruckermeister sehen es gern, wenn der Lehrling über Gymnasialbildung verfügt. In einem Berliner Großbetrieb sind ungefähr die Hälfte aller Lehrlinge Schüler höherer Lehranstalten, in einer Abteilung (Scheer) sind unter zehn Lehrlingen nur drei Volksschüler. Kollege Fritz Fricke widmet das erste Vierteljahrsheft der Berliner Gewerkschaftsschule dem überhandnehmenden Berechtigungsdrang im Handel und Gewerbe und bei den Behörden. In guten Aufsätzen wird dort gezeigt, daß der Berechtigungsdrang überhaupt keine Berechtigung hat, weil er nämlich keineswegs eine Gewähr für eine bestimmte berufliche Eignung gibt. Würden wir uns nämlich die jungen Leute, die sich als Anwärter oder Lehrlinge melden, auf ihre wirkliche Eignung hin nach einer Probezeit ansehen, ohne nach etwa bestandenen Examen zu fragen, so könnten wir feststellen, daß begabte Volksschüler dasselbe und mehr leisten als die mit „besserem“ Wissen besetzten Jünglinge. Die Auslese nach dem Berechtigungsdrang hat aber einen anderen Zweck, der Scheidestrich zwischen Bürgertum und Proletariat soll aufrechterhalten werden, die bürgerlichen Schichten wollen beruflich und

gesellschaftlich unter sich bleiben. Die Verfasser aller Aufsätze in dem genannten Vierteljahrsheft der Berliner Gewerkschaftsschule kommen zu dem Schluß, daß der Besuch höherer Lehranstalten und damit das Berechtigungsweisen nur eine Bevorzugung des Standes und eine Bevorzugung in wirtschaftlicher Hinsicht in sich schließt, eine notwendige Voraussetzung für eine berufliche Tätigkeit ist damit nicht gewonnen.

Fricke sagt in einem Aufsatz „Berechtigungsweisen und Beruf“:

„Die Frage des Berechtigungsweisen ließe sich viel leichter lösen, wenn die behördlichen Besuche und die Beamtenaufnahmen nicht die Voraussetzung des Besuches einer höheren Schule und der von ihr verliehenen Berechtigungen machen würden, sondern wenn man auch für diese Berufe eine Freiheit, wie sie in anderen Handwerksberufen und sogenannten geistlichen Berufen üblich ist, einführen würde. Genau so wie es Schlosserlehrlinge und Kaufmannslehrlinge gibt, könnte es auch Verwaltungslehrlinge geben, deren Ausbildung sich in der Praxis, wie in der Berufsschule, differenzieren könnte nach den Hauptzweigen der Verwaltung, in der der junge Mensch später tätig sein wird.“

Die Gewerkschaften sind schärfste Gegner des Berechtigungsweisen, sie arbeiten unausgesetzt darauf hin, daß für alle Volksgenossen ausreichende Kenntnisse durch unsere Schulen vermittelt werden und der Bildungsgang für alle gleich ist. Wir machen uns die Ansicht von Dr. H. Schloen, Berlin, zu eigen:

„Gewiß muß derjenige, der Ägyptologie oder Museumsdirektor werden will, sich mit alten Sprachen befaßt haben. Wenn es sich aber um Berufe handelt, die nur scharfe Sinne und gute Nerven erfordern, dann empfindet man das Berechtigungsweisen wie einen Faustschlag ins Gesicht. Da sollte man mit tüchtiger Überlegung die Frage beantworten, ob es sich in Wahrheit um sachgemäße Auslese handelt oder um Abweisung unliebsamen Wettbewerbs.“

Wir Arbeiter aber sollen uns von dem Bildungs- und Berechtigungsdrang frei halten und uns auf einen Dauerlauf mit den Bürgerlichen nicht einlassen. Zäh und ausdauernd haben wir für unsere Ziele zu arbeiten, auch in der Bildungsfrage, dann werden wir halb den Anflug mit der „höheren Bildung“ beseitigt haben.

## Academisch gebildete Lehrlinge!

In den letzten Wochen ging durch die Presse die Mitteilung, daß die Innungsmeister der Bäcker und Konditoren vor dem Entschluß ständen, in Zukunft nur noch Schüler höherer Lehranstalten als Lehrlinge einzustellen. Die Absicht der Innungsmeister ist um so unverständlicher, weil gerade in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten, dringend davor gewarnt wurde, ohne gründliche Überlegung Kinder auf die sogenannte „Hohe Schule“ zu schicken!

Für uns aber, als ehemalige Volks- oder Gemeindegymnasialer, ist noch etwas anderes bei dieser Angelegenheit von Interesse! Befanntlich verberden böse Beispiele gute Sitten, und der Nachahmungstrieb ist bei vielen Menschen geradezu beängstigend gut entwickelt! Was aber den Bäckern recht ist, darf doch den Schuhmachern, Tischlern, Malern, Schneidern und — Buchdruckern billig sein, wie? Wenn nun aber — und jetzt wird die Angelegenheit wirklich hochinteressant! — die gelehrten Handwerker ohne Abitur nicht auskommen, was wird dann mit den Hausbienern, Bäckern, Straßenfegern, Briefträgern und — graphischen Hilfsarbeitern werden? Wird man uns noch mit der Sekundarstufe durchrutschen lassen? Wie weit, fragt man die Herren Innungsmeister, soll der Anflug noch gehen?

Aus welchem Grunde, um alles in der Welt, muß ein Bäckerslehrling Griechisch und Latein können? Ist ein einigermaßen anständig gebildeter Kapstutzen mitunter nicht mehr wert als so manche Doktorbissertation? Oder läßt sich ein Blech Streichfluchen ohne Kenntnis der höheren Mathematik nicht mehr in gleiche Stücke schneiden? Es ist doch tatsächlich beim besten Willen nicht einzusehen, warum ein Zeugnis über Fähigkeiten verlangt wird, die überhaupt nicht gebraucht werden. Im übrigen wäre es doch ganz interessant, einmal zu prüfen, was z. B. ein hervorragender Mediziner, der alle Examina einmal glänzend bestanden hatte, der heute, nach zwanzig oder dreißig Jahren großer Praxis als Autorität in seinem Fache gilt, noch von der Geschichte des Mittelalters weiß!...

Ballast schleppen die Menschen viel zuviel mit sich herum; Krampe, der weder sie selbst noch sonst jemandem glücklich macht. Die Herren Handwerksmeister sollen den Volksschüler ruhig die heiligen Geißeln ihres Betriebes betreten lassen, er wird sich hineinfinden, wird zurechtkommen, wie auch die Herren sich einmal zurechtgefunden haben! Wenn der Lehrling aber nach Feierabend eine Gewerkschaftsschule, Volkshochschule oder gar ein Abendgymnasium besuchen will, fördern Sie ihn, meine Herren, wo Sie nur irgend können! Singen Sie ihm nicht das alte Lied ewig Rückwärtssehender „Als ich so alt war...“, sondern gönnen Sie ihm etwas freie Zeit.

# Berufsschullehrer aus der Arbeiterschaft!

Daß die Berufsschule für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung ist, bedarf keines Beweises. Damit sie wird, was sie sein soll, eine Schule, die die jungen Arbeiter nicht nur auf ihren Beruf im engeren Sinne vorbereitet, sondern auch auf die gesellschaftlichen Aufgaben, vor die ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse sie stellt, müssen die geeigneten Lehrer in die Berufsschule kommen. Die besten werden die sein, die aus der Arbeiterschaft selbst stammen. Es gilt deshalb, ihnen die Berufsschullehrerlaufbahn zu erschließen. Ein Anfang dazu ist in Thüringen durch die Berufsmittelschulen gemacht. Das sind Abendhohschulen, in denen junge Arbeiter unentgeltlich acht Wochenstunden Unterricht erhalten, der ihnen über die Berufsschule den Zugang zu einem dreijährigen Universitätsstudium und zur Berufsschullehrerprüfung erschließt. Allerdings ist dieser Weg für Arbeiter nur gangbar, wenn hinreichende Erziehungsbeihilfen für den Besuch der Berufsschule und der Universität zur Verfügung gestellt werden.

## Unsre Volksschule ist ungenügend

Daß die Neugestaltung der Volksschule eines der wichtigsten Kulturprobleme ist, beweisen uns Untersuchungen, die Dr. Anna Müller-Tung auf Veranlassung des Königsberger Professors für Pädagogik, Otto Schulze, veranstaltet hat. Sie hat verschiedene Klassen an Gewerkschulen, Berufsschulen u. dgl. auf ihre Schulfähigkeiten hin geprüft und zum Vergleiche dieselben Prüfungen an Volksschulknaben und -mädchen vorgenommen. Aber obwohl die Schulentastungen die Schulzeit erst 6 bis 19 Monate hinter sich hatten, war das Ergebnis der Prüfung bei ihnen äußerst mangelhaft.

Sprachfehler z. B., die die Schule beseitigt hatte, traten nach der Schulzeit wieder hervor. Die Muttersprache war durch die Schule nicht zum Wesensteile des Menschen geworden. Auch die allgemeinen Schulfähigkeiten, die erst bestanden, waren nur noch zu einem gewissen Teile vorhanden. In keinem einzigen Fache waren sie „sicher und allgemein“. Am besten schnitten die Fragen ab, so lesen wir, „die auf ein Wissen abzielen, das in der Schule wiederholt geübt wird oder durch Erfahrung im praktischen Leben gefestigt sein kann.“ Diese Bedeutung des praktischen Lebens für die Schule zeigt sich auch in anderer Art. So zeigte sich z. B. bei Aufgaben, zu deren Lösung die „praktischen Lebenserfahrungen nötig sind, niemals ein vollständiges Versagen.“

Die Verfasserin hat recht, wenn sie kleinere Klassen verlangt. Sie hat recht in ihrer radikalen Forderung nach einer zwei- bis dreifachen Höhe des gegenwärtigen Volksschulniveaus. Doch darüber hinaus verlangen diese Ergebnisse gebieterisch ein neues System des Schulunterrichtes. Mehr Verbindung mit dem Leben! Arbeitschule! Lebendiges, erlebtes Wissen und Können! Bei der freien, persönlichen und verantwortungsvollen Stellung, die der moderne Mensch im sozialen Leben unserer Tage einnimmt, und den Aufgaben, die jeder einzelne zu erfüllen berufen, ist eine Änderung dieses Schulsystems dringend erforderlich, das in einer wissenschaftlich-objektiven Untersuchung zu solch traurigen Ergebnissen geführt hat.

## Bildungshunger trotz Armut

Bei den Untersuchungen über die Lebenshaltung der minderbemittelten Familien in Hamburg war es auch interessant, die Ausgaben für kulturelle Bedürfnisse zu beobachten. Was die einzelnen Einkommensklassen für Schule und Bücher auswandten, soll nachstehende Zusammenstellung zeigen. Auf 100 Mark der Gesamtausgabe entfallen bei einem Einkommen:

	für Schule	für Bücher
unter 2500 RM.	0,08	3,89
2501 bis 3000 RM.	0,27	4,15
3001 bis 3500 RM.	0,62	4,05
3501 bis 4000 RM.	0,62	3,38
4001 bis 4500 RM.	1,12	3,57
5001 bis 6000 RM.	1,48	3,38
6001 bis 7000 RM.	1,51	2,59
über 7000 RM.	2,27	2,84
überhaupt	1,05	3,89

Die geringen Ausgaben der niedrigen Einkommensschichten für Schulzwecke erklärt sich daraus, daß die Kinder der armen Leute meistens die Volksschule besuchen, die Kinder der bessergestellten Schichten jedoch meistens nach den höheren Schulen geschickt wurden. Interessant ist aber die Ausgabe für Bücher. Hier zeigt sich, daß auch der gering Bemittelte die geistige Kost nicht zu entbehren vermag. Der Wissensdurst der gering Einkommen geht über denjenigen der höher Bezahlten im Durchschnitt noch hinaus. Ein Beweis dafür, daß das Streben nach Wissen und geistiger Vervollkommenung auch bei den untersten Schichten lebendig ist.

\* Vierteljahrshefte der Berliner Gewerkschaftsschule, Heft 1, Jahrgang 1920.



## Unter dem Strich

Der „Zeitungsverlag“ hat eine Rundfrage unter den deutschen Blättern veranstaltet, um aus der Geschichte der einzelnen Zeitungen genauere Einzelheiten über das noch so vielfach dunkle Kapitel des Feuilletons zu erfahren. Einige Angaben, die jetzt über die Ergebnisse dieser Rundfrage gemacht werden, werfen bereits ganz neue Lichter auf die Entwicklung des Feuilletons. Der „gelehrte Artikel“, der sich bereits in Blättern des 17. Jahrhunderts findet, kann noch nicht für ein eigentliches Feuilleton gelten, denn es waren mehr zufällige Beiträge, und die gelehrte Nachricht ist noch kein Feuilleton; dazu wurde er erst, als er als wichtiger und wesentlicher Bestandteil der Zeitung auftrat. Soviel bisher bekannt ist, war der „Hamburgische Correspondent“ die erste Zeitung, die im Jahre 1731 den „gelehrten Artikel“ als ständige Rubrik einführte. Das Feuilleton wird also demnach sein 200jähriges Jubiläum begehen können. Diesem Beispiel folgten in den nächsten Jahrzehnten die meisten damals bestehenden Zeitungen, und das erste bedeutende Feuilleton, das in der Geistesgeschichte Spuren hinterlassen hat, war das der „Pössigen Zeitung“, das Myllus und nach ihm Lessing unter dem Titel „Das Neueste aus dem Reich des Wises“ schufen. Seitdem wurde dieser Teil der Zeitung immer mehr ausgebaut und ist auf engste mit der geistigen Aufwärtsentwicklung der Völker verbunden.

Wann aber ist nun der „Strich“ in die Zeitung gekommen, der erst die beiden Welten des Inhalts gegeneinander abgrenzte? Diese Tat geschah im Jahre 1793 durch den Abbe Geoffroy, der den ersten „Strich“ in der Zeitung machte, und zwar in dem „Journal des Débats“, der bald darauf auch den Namen „Feuilleton“, der bis dahin den Anzeigenteil bezeichnet hatte, auf die neue Rubrik übertrug und diesen Teil „unter dem Strich“ am 22. Januar 1800 zum erstenmal mit der Überschrift Feuilleton verfasste. Unter dem Druck der napoleonischen Pressegesetze mußten die Zeitungen das Politische und Aktuelle immer mehr zurücktreten lassen, und so entwickelten sie nun den Unterhaltungsteil zu einer reichen Blüte. In Deutschland ist man diesem Vorbild erst verhältnismäßig spät gefolgt. Im 18. Jahrhundert war es nur die „Konstanzer Zeitung“, die vorübergehend einen solchen Strich machte. Das eigentliche Feuilleton unter dem Strich entwickelte sich bei uns erst seit 1835, als August Lewald im „Nürnbergerischen Correspondenten“ diese Neuerung durchsetzte. Dann schloß sich die „Kölnische Zeitung“ an, und ihr Beispiel wirkte schnell weiter, so daß in den vierziger Jahren bereits viele deutsche Zeitungen ein Feuilleton unter dem Strich besaßen. Unterdessen aber hatte die französische Presse einen bedeutenden Schritt weiter getan mit der Einführung des Zeitungsromans. Wir können jetzt den 100. Geburtstag des Zeitungsromans feiern, denn er kam 1829 in Paris auf und hatte einen ungeheuren Erfolg. Die Sensationsromane von Eugène Sue und dem älteren Dumas, dann auch Werke von Balzac und George Sand, die in kleinen Abschnitten im täglichen Feuilleton erschienen, steigerten die Spannung der Zeitungsläser zu einem Siebengrad, und man riß sich die Nummern mit der neuesten Fortsetzung geradezu aus der Hand. Zeitungen wie das „Siecle“, das „Journal des Débats“ und der „Constitutionnel“ erlebten dadurch einen ungeheuren Aufschwung. In den deutschen Blättern lassen sich Romane vereinzelt in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts feststellen, und in den vierziger Jahren waren sie auch bei uns eingeführt, trugen viel zu der nun einkehrenden Blüte des Feuilletons bei.

## Der Zeitungsjunge als Artist

Mr. Moore handelte als vierzehnjähriger mit Zeitungen am Londoner Strand. Er brüllte sich heißer, aber als es Nacht wurde, da hatte er stets noch viele Nummern in der Hand. Da fiel ihm etwas ein. Er zerriß die Zeitungen und machte aus ihnen Papierornamente. Die Leute scharten sich um ihn und bewunderten die zerstörten Zeitungen lieber, als sie sie kauften. So wurde aus dem Zeitungsjungen Mr. Moore, der in allen Varietés der Welt auftritt. Neulich stand er in Berlin auf der Straße auf einem Zeitungskarren und zeigte seinen Kollegen seine Kunst. Filmapparate lurrten, Photographen knipften. Mr. Moore sah lächelnd auf sich herab, wie er da unten stand als kleiner Zeitungsjunge, mit offenem Mund... Aber die Filmapparate lurrten, die Photographen knipften, Mr. Moore mußte sich zeigen. Große Papierbogen riß er in Stücke und verwandelte sie in phantastischen Bäume, in Teppiche, in geheimnisvolle Ornamente. Den Schluß bildete eine Riesenhimmelsleiter aus einfachem Zeitungspapier.

Auf dieser Leiter ist Mr. Moore vom Zeitungsjungen zwar nicht gleich in den Himmel der Millionäre — wie es in den amerikanischen Lebensläufen Wance ist — emporgeklommen, aber doch in den Olymp des Varietés. Pössi im B. T.

## Auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege...

(Plauderei über die Heiratsanzeige)

Den Heiratsanzeigen den obigen Satz hinzuzufügen, ist längst überflüssig geworden. Dieser Weg ist nämlich durchaus nicht mehr ungewöhnlich, sondern seit fast 300 Jahren ganz und gäbe. Von den Familienanzeigen sind sie die ersten, die in den Zeitungen auftauchten. In England ist das schon im 17. Jahrhundert geschehen. In Deutschland findet sich das erste Heiratsgeseuch in den „Frankfurter Frag- und Anzeigenschriften“ vom 8. Juni 1738. Eine grotesk wirkende Offenheit tritt in den ersten englischen Heiratsanzeigen zutage, sucht doch jener erste englische Junggeselle ein „Frauzimmer mit einem großen, zarten und straffen Busen“. Eine deutsche Heiratsanzeige aus dem 18. Jahrhundert lautet:

„Ein junger Mann, der bisher ein geringes Vermögen hat, sucht, um eine eigene Wirtschaft anfangen zu können, eine Frau, seinen Jahren gemäß, mit etwas Vermögen. Er verpricht, ein getreuer, gefälliger Ehemann zu sein, seiner Frau verliert er alle Freiheit. Auf freigelegende Briefe an den Herausgeber des Anzeigers unter der Adresse des Hr. St. D. St. in Z. wird er selbst antworten.“

Daß diese Heiratsanzeigen in den Zeitungen schon vor mehr als 100 Jahren eine große Beachtung erfuhren, geht daraus hervor, daß auf ein in dem in Gotha erschienenen „Reichsanzeiger“ im März 1800 enthaltenes Heiratsgeseuch noch am 31. Dezember 1803 in demselben Blatte eine Anfrage veröffentlicht wurde, ob der Gesuchsteller noch Vorschläge entgegennehme.

Mancherlei stilistische Mittel werden angewandt, um Liebe schon vor dem ersten Blick zu entfachen. Eine kleine Blütenlese solcher Anzeigen, die man aber zu einem beliebig großen Strauße erweitern könnte, sei hier wiedergegeben. Satiren darüber zu schreiben, wäre nicht schwer!

Ein sehr selbstbewußter Herr läßt folgende Anzeige los:

„Ich komm' jetzt diesen Weg gezogen,  
Recht wild und groß, so sollst du sein,  
Der Kunst und Wandertrieb' gewogen,  
Dah' gleich und gleich sich gern vereint.  
Ich bin ein freier deutscher Mann;  
Man nennt mich Doktor gar,  
Der Wissenschaft und Künste kann  
Schon dreihundertjährig Jahr.  
Doch wen ich kisse, habe acht,  
Um den ist es geschehn;  
Der muß in Liebesfesseltracht  
Durchs ganze Leben gehn.“

Das weibliche Gegenstück dazu ist das folgende:

„Ich bin von kräftiger Gestalt;  
Ich habe edle Züge,  
Ich hab' viel Klugheit, Streben auch,  
Und wenn auch die Besüße  
Sind nicht zu hoch, so möcht' ich doch  
Zu schrecklich gern ins Ehejoch;  
Ich liebe, läßt' Freizeig!“

Der „Lieben, süßen Fliege“ würde mancher aber doch die „ansehungsbedürftige Efeuatur“ vorziehen, die ihren Herzenswunsch folgendermaßen zum Ausdruck bringt:

„Eine junge, wunderhübsche und grundgescheidte Frau sucht für ihre ansehungsbedürftige Efeuatur eine starke, feste Eiche in Gestalt eines Subalternbeamten.“

Das ist doch klar und eindeutig! Mehr als unklar hingegen ist die folgende Anzeige:

„Fabrikbesitzerin der Lebensmittelbranche, momentan verpackt, wünscht sich zu verheiraten.“

Sehr nach Heimbürg, Marlit und Courts-Mahler klingt der folgende Herzensgenuß:

„Wo bist denn du? Nicht den Königsohn suche ich, dessen Volk rosenstreuend an den Ufern eines fremden Landes steht. Nur den stillen deutschen Helden möchte ich herzensgern finden. Einheirat in großes Unternehmen geboten. Briefe von fertig gebildeten Menschen erbeten.“

Ein schmeichelhaftes Vertrauen genießt der Redakteur einer Zeitung bei einem großen Teil der Unterchiffre-Schreiber-Wollenden. Sie machen vertrauensvoll den Redakteur selbst, nicht die Zeitung, zum Vermittler ihrer Heiratsangelegenheiten. Der Redakteur soll schreiben, wie der junge Herr ausgefallen hat, der die „Annonge“ reingeseht hat, der Redakteur soll die „Photographien gleich mal besehen und bloß die schönsten sichten mit den Querten“. Er soll sagen, warum der „lebildete junge Herr nicht wieder geantwortet hat, ich hatte ihn doch durch ihre Zeitung getrickt und haben Wochen ist er mit mich gegangen“. Ober er soll bloß

ordentliche „Duferten“ annehmen, denn „all und jeden Schrapel von Mann kann mer doch nicht nehmen“, oder er bekommt folgende Aufforderung:

„Lieber Herr Redakteur! Ich habe (soßen) die Annonge gelesen in Sondagblatt. Lieber Herr, ich komme an nächsten Sonntag nach B. Jch (dort) werde an die geschäftliche des Tages als komo dort werden sie sind und sie werden mit den Herrn zeigen. Ich sind 2 Uhr unter die 177 Lieber Herr ich werde 21 Jahre Es grüßt Fräulein. Biete geben sie die 177 den Handwerker in der Sant damit ich (ihm) kennen tu.“

Leider war der bewußte Handwerker nicht aufzutreiben, und in der „geschäftschele“ fand sich keiner, der die Nr. 177 selbst in die Hand und den Kampf mit der Golden aufnehmen wollte. Es sieht übertrieben aus, das fehlerhafte Geschreibsel? Es stimmt aber wörtlich mit dem Briefe überein.

Andere Erfahrungen mit einer Heiratsanzeige schilderte ein Leser im vergangenen Jahre in einer Warschauer Zeitung. Er ließ, um sich einen Spaß zu machen, in einigen Zeitungen folgende Anzeige aufnehmen:

„Ich bin 34 Jahre alt, gesund, gut gebaut, blond, und suche eine schöne, liebe, gute, intelligente, arme Frau. Ich besitze ein Landgut, das für uns beide ausreicht. Geld suche ich nicht. Die Vergangenheit meiner Frau geht mich nichts an, doch will ich von ihr die reine Wahrheit hören. Ich bitte um ausführliche Offerten mit Bild, wobei die folgenden Fragen zu beantworten sind: Fräulein, Witwe, geschieden: Lieben Sie wen? Wollen Sie Kinder haben?“

7180 Antworten gingen ein. In 5900 Briefen war die erste Frage beantwortet mit: Kein Fräulein, 510 Einsenderinnen waren geschieden, 440 Witwen, 320 Jungfrauen, 10 Ehefrauen. Von den 7100 eingegangenen Lichtbildern zeigten über 6000 direkt häßliche Gesichter, von den übrigen entsprachen nur etwa 40 den in der Anzeige gestellten Bedingungen. Die Frage: Wollen Sie Kinder haben? wurde nur vierzehnmal mit nein beantwortet. Auf die Frage: „Lieben Sie wen?“ gab es sechs bejahende Antworten.

Der Veranstalter der eigenartigen Umfrage veröffentlichte auch einige Briefe, die ihm zugegangen sind. Sie sind bezeichnend für die Psyche der Verfasserinnen. So lautet der eine: „Ich bin groß und schlank, man sagt, ich sei schön. Ich habe träumerische Augen. Ich sehne mich nach Vieblosungen, nach Liebe...“ Die beiliegende Photographie stellte, nach den Worten des Pseudogutsbesizers, ein 35—38jähriges Weib mit Doppelfinn und den vorquellenden Augen einer verwunderten Kröte dar.

Ein anderer Brief lautete:

„Sie sind der, der mein Herz endlich erobern wird. Ich liebe niemand, ich bin frei und bereit Ihrer Feuer zu gehen für einen Jungen wie Sie.“ Ein dritter Brief: „Ich muß gestehen, daß ich die Männer verachte, doch verpicht mir Ihre Anzeige ein stillliches Leben, umgeben von Liebe und ländlicher Güte. Und danach verlangt mich sehr...“ Die ermutigende Nachschrift dieses Briefes lautet: „Ich bin gesund und habe zwei Kinder.“ Noch ein Brief: „Wählen Sie mich, Sie werden es nicht bereuen. Ich bin sehr temperamentvoll und liebe Tollheiten. Wie gut, daß Sie Vermögen haben...“ Und der letzte Brief: „Ich will offen sein; ich liebe einen anderen, doch er hat mich verfehmt. Ich will gut sein, vielleicht werde ich Sie lieben können.“

Im allgemeinen spielt das materielle Moment in den Heiratsanzeigen eine große Rolle, denn „am Golde hängt doch alles“. Bei einer vor Jahren in zehn deutschen Zeitungen vorgenommenen Zählung ergab sich für nur eine Woche die Zahl von 1300 Heiratsanzeigen. Es ist rührend, daß unter den weiblichen Interessenten sich Dienstmädchen befanden, die ihr Vermögen auf ganze 100 M. angaben. Männer forderten in 105 Fällen von der „Gefuchten“ Vermögen, Frauen dagegen nur in vier Fällen, was freilich — wie der Berichterstatter hinzufügte — nicht dem übergroßen Idealismus zuzuschreiben ist, sondern der Tatsache, daß die Frau in einem gewissen Alter nicht mehr fragt, „wer und wie ist der Mann?“, sondern nur noch „wo ist er?“ Interessante Schlüsse lassen sich auf die Wechselwirkungen von Vermögen und Charaktereigenschaften ziehen, wie überhaupt der psychologisch gesuchte Beobachter außerordentlich viel Interessantes aus den Heiratsanzeigen herauszulesen vermag.

Fr. B.

## Weibliche Journalisten

Nach einer auf der „Presse“ gezeigten Zusammenstellung gab es 1928 in Deutschland nur 170 Berufsjournalistinnen, von denen 97 Redakteurinnen, 73 freie Mitarbeiterinnen waren. Sie kamen aus allen möglichen Berufen: 10 waren Hausfrauen, 21 Lehrerinnen, 5 übten Musik aus, 7 Malerei und Kunstgewerbe, 3 kamen von der Bühne, 2 von der Mode, 6 haben vorher wissenschaftliche Berufe ausgeübt, 9 waren als Beamtinnen und in kaufmännischen Berufen, 12 als Sekretärinnen und 7 in sozialen Berufen tätig. Sie

haben alle nur denkbaren Bildungsweg von der Volksschule bis zur Universität durchgemacht, und 18 von ihnen schmückt der Doktorhut.

Ein Wort des heiligen Augustinus: Nehmt die Gerechtigkeit weg, und ihr macht die Länder zu Räuberhöfen! Schiller.

Die Deutschen haben bei jeder Gelegenheit einen sehr gewöhnlichen Ausdruck: „Das kann ich gar nicht leiden!“, und doch ist nichts Schlimmes, Verurteilendes, Dummes und Niederträchtiges, was seit fünfshundert Jahren und besonders in der letzten Zeit die Deutschen von innen und außen nicht gelitten hätten. Seume (Apokryphen).

## Ausland

### Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich günstig

Laut einer vorläufigen Zusammenstellung haben die dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1928 mehr als 10 000 neue Mitglieder gewonnen. Dieser für das kleine Land bedeutende Zuwachs ist in erster Linie der starken Zunahme der Mitgliederzahlen der beiden großen Industrieverbände der Metalle und Uhrmacher sowie der Bau- und Holzarbeiter zu verdanken. Auch die Organisationen des graphischen Gewerbes und der Verband des Personals öffentlicher Dienste haben ihre Reihen verstärken können. Einen Rückgang wiesen die Eisenbahner auf, was jedoch ausschließlich auf den Personalabbau zurückzuführen ist; in Prozenten der Beschäftigten sind die Eisenbahner sogar stärker organisiert als im Vorjahre. Das gleiche gilt vom F.T.Z.-Personal. Da bereits das Jahr 1927 den Gewerkschaften einen Mitgliederzuwachs von 11 895 gebracht hat, war kaum anzunehmen, daß der Aufstieg sich im gleichen Tempo fortsetzen werde. Dies ist jedoch trotzdem der Fall gewesen. Wenn berücksichtigt wird, daß im Vorjahre der Lithographenverband mit 1153 Mitgliedern erstmals wieder in die Statistik einbezogen wurde, so ist der Zuwachs von 1928 ebenso groß, ja unter Berücksichtigung der durch kommunalistische Spaltungsarbeit verursachten Verluste noch beträchtlich größer als im Jahre 1927. Mit dem Nettogewinn von etwa 10 500 Mitgliedern mußte der Schweizerische Gewerkschaftsbund zur Zeit 176 000 Mitglieder.

### Gegenständigkeitsverträge mit den Russen

Der norwegische Fabrikarbeiterverband und der norwegische Ausbinderverband haben mit russischen Berufsorganisationen, d. h. mit dem russischen Bergarbeiterverband resp. mit dem russischen Verband des graphischen Gewerbes, Gegenständigkeitsverträge abgeschlossen, der erstgenannte Verband auf Grund einer Abstimmung.

### Die „Durchführung“ der Sozialgesetzgebung in Brasilien

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Regierung von Brasilien ihre eigenen Sozialgesetze sabotiert. Die Vorgänge des letzten halben Jahres haben dies deutlich bewiesen.

Selbst in der graphischen Industrie in Sao Paulo, wo die Arbeiter verhältnismäßig gut organisiert sind, werden die drei wichtigsten Sozialgesetze nicht durchgeführt. Das Gesetz für Jugendliche wird in den beiden Städten Rio de Janeiro und Sao Paulo nur teilweise durchgeführt, d. h. nach Möglichkeit umgangen. Dasselbe gilt für das Unfallgesetz und das oft mit Stolz angeführte und „theoretisch“ so weitgehende Feriengesetz. Das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien wird ebenfalls nicht beachtet. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes gibt es nur ein einziges Gesetz in Sao Paulo. Die Gewerbeaufsicht ist eine Angelegenheit des nationalen Arbeitsamtes, das jedoch den Arbeitgebern gegenüber nicht energisch vorgehen kann. Bei Verletzung der Vorschriften seitens der Arbeitgeber bleibt den Arbeitern nur ein gerichtliches Verfahren übrig, das mit Hinsicht auf die großen Kosten meistens nicht möglich ist.

Wenn in Genf darauf hingewiesen werden kann, daß immer mehr Konventionen ratifiziert werden, so läßt sich andererseits fast mit ebensoviel Recht sagen, daß die ratifizierten Konventionen immer mehr umgangen und vernachlässigt werden!

### Ohne Kommentar

Im Warschauer Postamt wurde vor einiger Zeit ein Brief mit folgender Adresse eingeklappt:

„Ein Brief an den mitteligen, allmächtigen polnischen (!) Gott in Warschau.“

Da die Wohnung des „polnischen lieben Gottes“ dem Postamt nicht bekannt war, leitete man den Brief in die Hände des Staatspräsidenten, der aber auch, trotz seiner „Allmacht“, nichts mit dem Briefe zu beginnen wußte. Aber Not macht erfinderisch! Er schenkte ihn dem Verband zur Wahrung vaterländischer Interessen im Auslande. Dort fand man endlich den Mut, den Brief zu öffnen. Hier der Inhalt:

„O allmächtiger und mitleidiger polnischer Gott, erhöre meine Bitte und erlöse mich von dieser Welt und meinen Qualen. Erlöse mich, damit ich nicht mehr die Klagen und Schreie nach Brot von meinen sechs kleinen Kindern höre, es zerschneidet mein Herz. Schon vor drei Jahren habe ich mich auf fremder Erde, in Frankreich, erkälte und liege seit dieser Zeit im Bett. Mich besucht oft ein französischer Pastor, der mir empfiehet, fleißig zu beten. Ich bete schon solange, seit ich krank bin, aber scheinbar erhört mich der französische (!) Gott nicht, denn die Kinder schreien immer mehr nach Brot. Doch Du, polnischer Gott, erhöre mein Flehen, quäle mich nicht länger auf dieser Erde, schicke mir zur Erde einen Ratsschlag und Hilfe für das Leben meiner Kinder! — Joseph Gabara, Burgault a Cecin, Nord-Francais.“

## Aus den Zahlstellen

Leipzig. Versammlung der Schriftgießerei-Belegschaften am 30. Mai im Restaurant „Harmonie“. Zur Tagesordnung stand: Stellungnahme zu dem bevorstehenden Kongress der Schriftgießerei- und -arbeiterinnen in Stuttgart. Wahl einer Teilnehmerin zu diesem Kongress und Beschließung. Kollege Beyer eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß es für die Kolleginnen im Gießereigewerbe bestimmt nicht zum Vorteil und zur Ehre gereiche, wenn sie wie bisher teilnahmslos an ihrem Berufsleben vorübergingen. Bezeichnend hierfür sei doch, daß es erst zweimalige Einladung bedurfte, um die heutige Versammlung zweifelsfrei zu ermöglichen. Auch in den monatlichen Versammlungen, die der Gießereivorstand für die gesamte Sparte einberuft, glänzten die Kolleginnen durch Abwesenheit. Dieser Umstand muß unbedingt verschwinden. Wenn auch die Gehilfen die Interessen der Kolleginnen mit vertreten, so ist es doch Verpflichtung, selbst mitzuarbeiten, selbst zu bestimmen über ihre beruflichen Fragen. Kollege John wies dann auf die Bedeutung des Kongresses hin. Nicht immer war es eine Selbstverständlichkeit, daß Gehilfen und Hilfspersonal gemeinsam ihre Rechte aus dem Arbeitsprozeß verteidigen oder zu verbessern suchten. Ganz deutlich zeigt sich auch bei unserer Sparte der Wert des Zusammenstehens in der Organisation. Bestanden doch vor 30 Jahren nur Städtetaxen. Das Hilfspersonal war von diesen Tarifen ausgenommen. 1889 gingen die Gehilfen daran, ihre berufliche Lage zu verbessern. In diesem Jahre fand der erste Kongress der Gehilfen statt. In nicht erweiternder Kleinarbeit und zäher Ausdauer wurde an diesem Ziel weiter gearbeitet. Auf den nachfolgenden fünf Kongressen 1897, 1901, 1907, 1913 und 1919 wurde nicht nur Generalisierung gehalten über die bereits geleistete Arbeit, sondern darüber hinaus den Pionieren der Kollegenhaft neue Richtlinien gegeben. Auf dem letzten Kongress waren es die Leipziger Vertreter, die für die Interessen des Hilfspersonals eintraten und somit verjagten, auch die Lage des Hilfspersonals zu verbessern. Leider konnten sich unsere Vertreter nicht durchsetzen. Waren in anderen Gießereien die Prinzipale in Fragen des Hilfspersonals immer noch einsichtsvoller, so verhielten sich die Leipziger Unternehmer kalt und ablehnend. Diese zahlten nur die Buchdrucklöhne. Sie konnten sich das um so mehr erlauben, da das Leipziger Hilfspersonal indifferenter und unorganisiert war und erst nach und nach dem Verbandszugehörigkeit werden konnte. 1919 wurde dann der Reichstaxtarif geschaffen, dem alle Gruppen angeschlossen waren. Dieser Reichstaxtarif konnte zunächst keine allgemeine Vertretung auslösen. Die Schriftgießerei in verschiedenen Städten glaubten ohne Hilfspersonal besser auskommen zu können. Die Schriftgießerei waren unzufrieden, und die Metallarbeiter verhielten sich ablehnend. Aber auch die Unternehmer wehrten sich, und nur dem damaligen Zwang folgend, mußten sie sich beugen, einen Reichstaxtarif abzuschließen. Bis in die Jetztzeit hinein verjagten sie und versuchten es noch immer, den Tarif wieder zu beseitigen. Der größte Streiter in dieser Frage war und ist heute noch die Firma Schelter & Giesecke unter der Parole: Wir kommen mit unserem Personal auch ohne Tarif aus. Heute haben auch die Gehilfen den Wert des Tarifes in der geschaffenen Form erkannt. Der Kongress in Stuttgart ist auf breiterer Grundebene aufgebaut. Alle Gruppen sollen Vertreter entsenden. Von den Zentralverbänden nehmen teil unser Kollege Horn, von dem Buchdruckerverband Kollege Kraus, außerdem 10 Schriftgießerei, und zwar von Berlin 2, Dresden 1, Frankfurt 2, Hamburg 1, Leipzig 2, Offenbach 1, Stuttgart 1. Die drei Gießereien Berlin, Frankfurt und Leipzig entsenden je eine Kollegin als Vertreterin ihrer Interessen. Bei dieser Delegation wird vornehmlich der größere Wert darauf gelegt, daß möglichst Teilnehmerinnen damit betraut werden, da in dieser Sparte teilweise in Afford und teilweise in Lohn gearbeitet wird. In den sogenannten deutschen Gießereien verdienen ein ganzer Teil unserer Teilnehmerinnen den Tariflohn nicht. Das trifft aber auch auf die Gehilfen zu. Deshalb ist es notwendig, daß nur solche Vertreter entsandt werden, die mit diesen Fragen genau vertraut sind. Die heutige Versammlung hat die Pflicht, nunmehr auch ihren Vertreter zu wählen, nachdem die Gehilfen und die Metallgießereiarbeiter dies bereits getan haben. Kollege John ging nunmehr auf die Verhältnisse in den deutschen und den amerikanischen Gießereien ein. Die Gießerei ist in beiden Gießereien dieselbe. Aber die Nebenarbeiten in den amerikanischen Gießereien, auch bei Schelter & Giesecke, sind ganz anders gelagert, als da sind: Abbrechen, Schleifen, Aufsetzen, Unterschneiden, Falzlegen, Fräsen, Bedienen der Rollenmaschinen und einiges mehr. Er betonte deshalb zum Schluß, daß eine Vertretung von Schelter & Giesecke zum Kongress entsandt werden möchte. Die Versammlung belohnte den Referenten durch reichem Beifall. Die Aussprache erfolgte im Sinne des Referenten. Als Wahlmodus schlug Kollege Beyer geheime Wahl vor, die auch angenommen wurde. Vorschläge waren die Kolleginnen Elsa Wuttke und Klara Göhe. In die Wahlkommission wurde gewählt der Kollege Dae und die Kolleginnen Lehne und Wuschner. Die Wahl ergab, daß die Kollegin Göhe mit knapper Mehrheit begünstigt wird. Nachdem noch einige interne Fragen erledigt waren, schloß Kollege Beyer die Versammlung mit dem eindringlichen Hinweis auf seine eingangs der Versammlung gemachten Ausführungen. Die Versammelten gelobten, in Zukunft mehr wie bisher Disziplin und Solidarität zu wahren und zu halten.

München. Trotz des herrlichen Sommertages nach einer längeren Regenperiode fand sich unsere Kollegenchaft am Dienstag, dem 11. Mai, zahlreich zu einer Mitglieder-versammlung ein. Die Tagesordnung war weniger von Bedeutung, es galt vielmehr, wiederum 14 Jubilare der Zahlstelle München zu ehren. Kollege Bauer erstattete den Kollegenbericht vom 1. Quartal 1929, der als unerfreuliche Erscheinung eine größere Anzahl von Ausfällen, insbesondere weiblicher Mitglieder, zeigte. Kollege Schmid knüpfte in seinen Ausführungen zur Ehrung der Jubilare bei diesem Punkte an und zeigte in fast einfüßiger Rede den organisatorischen Werdegang des Verbandes und insbesondere der Zahlstelle München. Mit wachsenden Mühen diese heute zu ehrenden Alten in den Anfangszeiten des Verbandes gearbeitet haben, zeigte er an zahlreichen Beispielen. Treue um Treue ist die Lösung, die wir diejenigen zollen, die in unerschütterlichem Vertrauen an die Kraft und die Macht des organisatorischen Gebantens dem Verbands als langjährige Mitglieder angehören. Kollege Schmid dankte allen Jubilaren und wies darauf hin, daß ihre Zahl im nächsten Jahre noch eine weit größere sein wird; ein

Zeichen, daß der Stamm der Organisation auch in München ein großer und guter ist. Den jungen Kollegen und Kolleginnen legte er ans Herz, nicht leichtsinnig die Verbandszugehörigkeit aufzugeben, insbesondere jetzt, wo der Verband durch die Einführung der Inzuchtunterstützung seinen Mitgliedern eine weitere Anerkennung ihrer langen Zugehörigkeit zum Verband zuteil werden läßt. Ein Hoch auf die Jubilare, in das die Versammlung freudig einstimmte, war der Ausklang der mündlichen Ehrung der Jubilare. Anschließend hielt noch fidele Konzert- und Tanzmusik die Anwesenden bis spät in die Nacht beisammen, und es war wieder wie einstmals, wo die Kollegialität von Herz zu Herzen ging und alle im Verbands wirkliche Freunde unter sich waren. Die Verbandsleitung der Zahlstelle München dürfe Veranlassung nehmen, neben der Ehrung der organisatorischen Fragen, auch durch Geselligkeit ein stärkeres Bindeglied unter den Mitgliedern zu schaffen.

## Rundschau

Der Geschäftsbericht des Verbandes erschienen. Der Geschäftsbericht des Verbandes für das Jahr 1928 ist bereits erschienen und den Gau- und Ortsverwaltungen in diesen Tagen zugegangen. Für die Mitglieder ist der Bericht dort in beschränkter Anzahl kostenlos erhältlich.

Vom Vergnügen in den Tod. Einer rucklosen Tat fiel in der Nacht vom 8. zum 9. Juni eine der ihrer Kollegenchaft stets beliebte, lebensfrohe junge Steinbrückerarbeiterin, Elise Kloss aus Köln, zum Opfer. Sie hatte am Samstag mit einer Freundin ein Tanzlokal besucht. Auf dem Heimwege wurde sie von dem 21 Jahre alten Theodor Weingarten, mit dem sie vorher getanzt hatte, angefallen. Sie setzte sich zur Wehr, wurde aber von dem Röhling derart zu Boden geschlagen, daß sie mit schweren Verletzungen bewußlos liegen blieb. Kurze Zeit darauf schleppte er sie auf eine Bank im Beethovenpark, eignete sich ihre Handtasche mit sieben Mark Inhalt an und vertrat das Geld. Auf der Bank blieb die Angefallene bis 6 Uhr morgens ohne jede Hilfe liegen. Die Verletzungen waren so schwer, daß sie am darauffolgenden Tage starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Als Todesursache wurde Schädelbruch und Gehirnverletzung festgestellt. Der bestialische Mensch, der das junge Leben auf dem Gewissen hat, wurde am 12. Juni verhaftet. Er hat die Tat eingestanden und sieht seiner gerichtlichen Bestrafung entgegen.

Noch immer überwiegen die Ausperrungen. Vom Reichsarbeitsministerium wurden die Ergebnisse der Statistik über die Arbeitsstärken für das erste Vierteljahr 1929 bekanntgegeben. Im ganzen ist ein Rückgang der durch Streiks und Ausperrungen verlorengegangenen Arbeitstage eingetreten. Dies liegt wohl daran, weil in das vierte Vierteljahr des Jahres 1928 der Kampf in der Eisenindustrie fällt. Folgende Übersicht vermittelt einen Einblick in die harten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Wirtschaftsfaktoren Kapital und Arbeit in den letzten fünf Vierteljahren:

	Zahl der verlorenen Arbeitstage durch Streik	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der verlorenen Arbeitstage durch Ausperrung	Zahl der betroffenen Betriebe
1. Vierteljahr 1928	2 166 607	1536	588 819	122
2. Vierteljahr 1928	2 361 597	3573	3 764 643	1510
3. Vierteljahr 1928	342 586	1002	827 519	626
4. Vierteljahr 1928	3 613 272	544	6 554 417	550
1. Vierteljahr 1929	483 531	255	562 487	375
	8 967 593	6920	12 287 885	3183

Es ist charakteristisch, daß auch in diesem verhältnismäßig so ruhigen Abschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres die Ausperrungen bedeutend mehr verlorene Arbeitstage im Gefolge hatten als die Streiks. Darin trittutage, daß die Unternehmer viel rücksichtsloser ihre Interessen verteidigen als die Arbeiterschaft.

### Zahlstelle Weihen

Am Samstag, dem 20. Juni, findet anlässlich des Gau-tages im Hotel „Hamburger Hof“ unser

### 20-jähriges Stiftungsfest

bestehend aus Konzert, Vorträgen, turnerischen Vorführungen und Ball statt, wozu alle Mitglieder und ihre werten Angehörigen eingeladen sind. — Eintrittskarten sind zum Preise von 50 Pf. bei allen Funktionären sowie am Gauleitung zu haben. — Anfang 7 1/2 Uhr.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Gesamtvorstand  
Ernst Sorge (Vorl.)

Am 10. Juni verstarb infolge einer Schädel- und Gehirnverletzung unsere liebe Kollegin

### Elise Kloss

(beschäftigt bei der Firma Kraemer & van Elsberg)

im jugendlichen Alter von 21 1/2 Jahren. Nach 1 1/2-jährigem Schmerzenslager erlag sie ihren furchtbaren Verletzungen, die ihr rucklose Wunden in der Nacht vom 8. zum 9. Juni zugefügt hatten. Der lebensfrohen und alleits beliebten Kollegin wird ein dauerndes Andenken bewahren  
Die Mitgliedschaft Köln.

Unserer lieben Kollegin Maria Kenéry und ihrem Bräutigam Erwin Tautz (beide „Zittauer Nachrichten“) die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Mitglieder der Zahlstelle Zittau.

Unseren lieben Kollegen Karl Diefenbach und Otto Kroß und ihren Frauen die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Wiesbaden.

Für die Woche vom 16. Juni bis 22. Juni ist die Belegkarte in das 25. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schuler, Charlottenburg, Westfälischestr. 16. Vertrieb: A. Schuler, Berlin 1929. Verlag: O. Sobott, Charlottenburg. — Druck: Buchdruckerei Gmbh., Berlin SW 64, Dreilindenstr. 6.